

Kinder-, Jugend-, Frauen-, Gebets- und andere Versammlungen zu organisieren, ebenso auch allgemeine biblische, literarische, handarbeitliche, gemeinsamer Arbeit, dem religiösen Unterricht dienende oder ähnliche Versammlungen ... und ebenso, Ausflüge und Kinderspielplätze einzurichten, Bibliotheken und Lesehallen zu eröffnen, Sanatorien oder ärztliche Hilfe zu organisieren“ (Simon, a. a. O., S. 63).

Dabei beruft man sich mit typisch Gorbatschowscher Taktik auf Lenin und das (in Wirklichkeit keineswegs liberale) Dekret von 1918 über die Trennung von Kirche und Staat. Dieses untersagte an öffentlichen und privaten Lehranstalten „Unterricht in religiösen Glaubenslehren“. Nicht minder gravierend die Bestimmung: „Die kirchlichen und religiösen Gesellschaften haben nicht das Recht, Eigentum zu besitzen. Sie haben nicht die Rechte einer juristischen Person“ (a. a. O., S. 62). Faktisch will man aber unter Zuhilfenahme gewisser toleranterer Lenin-Zitate und Verweis auf die „konkrete historische Situation“ weiter gehen. Anfang 1986 konnte man dem *Shurnal Moskowskoj Patriarchii* entnehmen, daß religiöse Vereinigungen doch den Status juristischer Personen hätten – wofür sowjetische Juristen seit Beginn dieses Jahrzehnts eingetreten sind. Das wäre ein erster, wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Legalisierung der Kirche. Auch die Frage des Rechts der Kirche auf Eigentum soll neu geregelt werden.

Im Oktober 1986 stellte Chartschew ganz allgemein eine Liberalisierung in Aussicht. In einem kürzlichen Artikel wurde er etwas deutlicher. Hier ist die Rede von einer neuen Möglichkeit des zivilen Ersatzdienstes aus Gewissensgründen (bislang war Verweigerung des Militärdienstes ein Delikt). Auch der private Religionsunterricht soll möglich werden (Izvestija, 27. 1. 1988).

Noch ist von tatsächlichen Gesetzesänderungen nichts festzustellen. Aber es gab gewisse Erleichterungen. So wurde in einigen Kirchen Moskaus die faktisch widerrechtliche Praxis aufgehoben, daß Leute, die sich kirchlich trauen oder taufen lassen wollen, sich registrieren lassen müssen, ebenso die Eltern minderjähriger Täuflinge (Russkaja mysl', 5. 6. 1987). Auch die ab 20 Personen mögliche Beantragung der Registrierung einer neuen Gemeinde soll nicht mehr künstlich ad calendas graecas hinausgeschoben werden. Praktisch handelt es sich also einstweilen um einige wenige, noch unsichere Signale. Sie waren aber immerhin deutlich genug, Gläubige 1987 zu einer Reihe von Petitionen zu veranlassen und an die Hierarchie der russisch-orthodoxen Kirche zu appellieren, sie möge sich für die Aufhebung der diskriminierendsten Maßnahmen einsetzen und nicht, wie Gleb Jakunin und eine Reihe von Gleichgesinnten es formulierten, „eine einzigartige historische Chance vertun, die der Herr unserer Heimat und Mutter Kirche sendet“ (Russkaja mysl', 17. 7. 1987, 7).

Astrid von Borcke

## Fortsetzung der Politik der Reformen

### China nach dem 13. Parteitag

*Im Zeichen von „Perestrojka“ und „Glasnost“ in der Sowjetunion hat das Interesse für China nachgelassen. Die Entwicklungen in der Volksrepublik verdienen aber nach wie vor Beachtung: Das gilt für den wirtschaftlich-politischen Bereich (die in China seit Jahren eingeleiteten Reformen stehen in der Sowjetunion weitgehend erst noch an) wie für die Kirchen. Unser Asien-Mitarbeiter Georg Evers gibt einen Überblick über den Stand der politisch-ideologischen Neuorientierung, wie sie sich insbesondere auf dem 13. Parteitag abzeichnete, und über die neueren Entwicklungen in der katholischen und protestantischen Kirche der Volksrepublik.*

Vom 25. Oktober bis zum 1. November 1987 fand in Peking der 13. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas statt. Im Vorfeld dieser für die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas so bedeutsamen Veranstaltung hatte es viele Spekulationen gegeben. Der Sturz von Generalsekretär *Hu Yaobang* im Gefolge der Studentenunruhen zur Jahreswende 1986–87 und die verstärkte Kampagne gegen die „bürgerliche Liberalisierung“ hatten in China und im Ausland zu Überlegungen Anlaß gegeben, inwieweit die von *Deng Xiaoping* und seiner Gefolgschaft vertretene Reformpolitik auf dem Parteitag bestätigt werden würde.

Die damit verbundenen Besorgnisse hatten natürlich auch ihren Einfluß auf die wirtschaftlichen Beziehungen der VR China zu ihren ausländischen Partnern, da langfristige Investitionen in einem Klima politischer Unsicherheit für gewöhnlich nicht getätigt werden.

### Weichenstellungen bei den Personalentscheidungen

Der Verlauf des Parteitags machte sehr schnell deutlich, daß die Gruppe der Reformbefürworter um *Deng Xiaoping* ganz offensichtlich das Heft fest in der Hand hatte und den Verlauf sicher bestimmte. Die *weitgehende Öffnung gegenüber der ausländischen Presse*, die erstmals bei den meisten Veranstaltungen dabei sein durfte, machte die Zuversicht der Gruppe, die für eine Öffnung Chinas gegenüber dem Ausland eintritt, überzeugend deutlich. Bei den *Personalentscheidungen* für die wichtigsten politischen Gremien, das Politbüro, das Zentralkomitee und die Militärkommission, wurde der Einfluß der Reformgruppe auch institutionell abgesichert. Die wichtigste Personalentscheidung stellt zweifellos die Wahl von *Zhao*

Ziyang zum Generalsekretär der Partei dar, der damit als neuer „starker Mann“ Chinas herausgestellt wurde. Sein früheres Amt als Ministerpräsident ging an Li Peng, Jahrgang 1928, bisher Minister für die Energiewirtschaft. Das Abtreten der alten Garde und eine weitreichende Verjüngung in der Mitgliedschaft der wichtigsten Parteiämter wurden von den chinesischen Medien als wichtigstes Ergebnis des Parteitags herausgestellt. Deng Xiaoping, mit 84 Jahren einer der ältesten aktiven Politiker Chinas (und der Welt), hatte es geschickt verstanden, die übrigen Veteranen des „Langen Marsches“, wie Li Xiannian, Peng Zhen, Chen Yun und Hu Qiaomu, zum Verzicht auf eine neue Kandidatur für Parteiämter zu bewegen. Mit diesem Schritt waren die mächtigsten Gegner der Reformpolitik von den Schalthebeln der Macht entfernt. Durch seine Wiederwahl zum Vorsitzenden der einflußreichen Militärkommission gelang es Deng Xiaoping zugleich, sich entscheidenden politischen Einfluß zu erhalten.

Da gleichzeitig Zhao Ziyang zum stellvertretenden Vorsitzenden der Militärkommission gewählt wurde, hat Deng zugleich dafür gesorgt, daß bei seinem möglichen Ausscheiden aus der aktiven Politik an dieser wichtigen Schaltstelle der politischen Macht die Nachfolge zugunsten der Reformler gesichert ist. Bei der Neubesetzung des Politbüros wurden von den 22 Mitgliedern aus der letzten Wahl 1985 nur noch 11 wiedergewählt. Die Neulinge kommen überwiegend aus dem Reformflügel. Allgemeine Beachtung fand, daß der ehemalige Generalsekretär Hu Yaobang zu den wiedergewählten Mitgliedern des Politbüros gehört und sein politischer Sturz damit aufgefangen ist. Der *ständige Ausschuß des Politbüros* wurde auf 5 Personen reduziert und ist in seiner neuen Besetzung unter dem Vorsitz Zhao Ziyangs das wichtigste Entscheidungsgremium für die Politik in China. Das Zentralkomitee wurde von 210 auf 175 Mitglieder reduziert und entsprechend auch die Zahl der Kandidaten von 133 auf 110 begrenzt. Bei der Wahl zu diesem Gremium gab es erstmals mehr Kandidaten als offene Stellen, die in geheimer Wahl besetzt wurden. Von chinesischen Medien wurde diese Tatsache als Schritt zur Demokratisierung besonders herausgestellt. Das Zentralkomitee-Sekretariat wurde als „Geschäftsorgan des Politbüros und dessen Ständigen Ausschusses“ neu bestimmt und in seinem Einfluß dem Politbüro eindeutig untergeordnet.

Im Vorfeld des Parteitages hatte eine angeregte Diskussion über das *Verhältnis von Staat und kommunistischer Partei* stattgefunden. Vertreter der Reformpolitik bemängelten die starke Verflechtung der beiden Bereiche. Bei den Wirtschaftsreformen führe dies oft zu unsachgemäßen Entscheidungen, da die Parteikader nur in wenigen Fällen über die notwendigen Fachkenntnisse verfügten. Ein eigenständiges Dokument zu entsprechenden *politischen Reformen* war für den Parteitag angekündigt, wurde dann aber doch nicht veröffentlicht. In seiner politischen Grundsatzrede nach seiner Wahl zum Generalsekretär ging Zhao Ziyang relativ ausführlich auf die Frage der politischen Reformen ein. Er betonte die Notwendigkeit, die

Funktionen der Partei von denen der Regierung zu trennen. Unter der Führung der Partei seien die Verfassung und die Gesetze der Volksrepublik China erarbeitet worden. Die Partei habe sich jetzt daran zu halten, ohne deswegen ihren überragenden Führungsanspruch für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gestaltung des Landes aufgeben zu dürfen.

Die Grundsatzrede Zhao Ziyangs stand unter der Überschrift „Auf dem Weg zum Sozialismus chinesischer Prägung“. Bei allem Stolz, mit dem die Erfolge der Regierung auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln, Kleidung und Ausbildungsmöglichkeiten herausgestellt werden, wurde von Zhao doch deutlich gemacht, daß China sich gegenwärtig immer noch in der Etappe des „Anfangsstadiums des Sozialismus“ befindet. Das neue Wirtschaftssystem wurde vorgestellt als „sozialistische geplante Warenwirtschaft“ und von den Formen der kapitalistischen Marktwirtschaft scharf abgegrenzt: Öffentliches Eigentum der Produktivkräfte müsse gesichert bleiben, ebenso eine effektive staatliche Kontrolle des Marktgeschehens. Auf der Basis von Stabilität und Einheit gelte es, weitere demokratische Reformen einzuleiten. Als Ziel wurde der Aufbau einer „geistigen Zivilisation“ genannt.

Die 1. Tagung des 7. Nationalen Volkskongresses Anfang April 1988 hat die Linie des 13. Parteitages bestätigt, indem Yang Shangkun zum Präsidenten der Volksrepublik China gewählt wurde. Auf seinen Vorschlag wurde am 9. April 1988 Li Peng zum Ministerpräsidenten des Staatsrates mit großer Mehrheit gewählt. Wan Li wurde zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses ernannt, während Deng Xiaoping in seinem Amt als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission bestätigt wurde. Die Tatsache, daß erstmals mehrere Kandidaten für die zu besetzenden Posten aufgestellt wurden, wurde als ein Zeichen von mehr Demokratie in den chinesischen Medien herausgestellt.

## Widersprüche an der ideologischen Front

Die Kampagne gegen die „bürgerliche Liberalisierung“, die nach den Studentenunruhen Ende des Jahres 1986 verstärkt worden war, ist weitgehend abgeklungen. Durch Ausschluß prominenter Kritiker innerhalb der kommunistischen Partei, Fang Lizhi, Liu Binyan und Wang Ruowang, waren die Grenzen der Kritik und der Offenheit innerhalb der offiziellen Reformpolitik deutlich gezogen worden. Mitte 1987 wurde eine Rede Deng Xiaopings nachgedruckt, die er auf der 6. Plenartagung des 12. Zentralkomitees im September 1986 gehalten hatte und die sich mit der Frage der „bürgerlichen Liberalisierung“ befaßte. Deng hatte dort betont, daß die *Kampagne gegen die bürgerliche Liberalisierung* wenigstens noch 20 Jahre weitergeführt werden müsse, da diese eine bleibende Bedrohung der kommunistischen Gesellschaftsordnung in China darstelle. Die Übernahme einer Form von westli-

cher Demokratie würde, so Deng, für China das Chaos bedeuten.

Andererseits ist aber auch nicht zu übersehen, daß die Bereitschaft auf seiten der chinesischen Bürger weitgehend fehlt, sich für die Kampagnen der Partei zu engagieren. Vorrangig ist für die meisten, sich in der gegenwärtigen Periode der Umorientierung der Wirtschaft und des Marktes für das *eigene materielle Wohlergehen einzusetzen* und die Chancen des Augenblicks zu nutzen. Die Bereitschaft, sich für die Partei einzusetzen und sich ihr anzuschließen, hat stark nachgelassen.

Partei und Regierung haben darauf inzwischen reagiert. Mit sofortiger Wirkung wurde für alle Hochschulabsolventen, beginnend mit dem Jahr 1987, ein einjähriges *Praktikum an der Basis* zwingend vorgeschrieben, bevor sie eine feste Anstellung erhalten oder weiterstudieren können. Praktikum an der „Basis“ bedeutet, daß man in unterentwickelte oder Grenzgebiete geschickt wird oder in der Produktion arbeitet. Wenn auch gesagt wird, daß die Tätigkeit des Praktikums in Beziehung zur Qualifikation des Studenten stehen soll, so wird der ideologische Pferdefuß daran sichtbar, daß auch eine „politische Qualifikation“ während des Praktikums erreicht werden soll. Ob dies gelungen ist, sollen die zuständigen „Einheiten“ (danwei) beurteilen, die wohl eher nach parteipolitischen als nach beruflichen Qualifikationen entscheiden werden. Auch die Errichtung eines *Verwaltungsamtes für das Presse- und Verlagswesen* zu Beginn des Jahres 1987 dient wohl in erster Linie der politischen Zensur – und nicht der Organisation und Koordination, wie dies von offizieller Stelle behauptet wird. Die Behörden sind in jüngster Zeit immer häufiger mit Druckerzeugnissen konfrontiert, die von vielen kleinen Druckereien hergestellt und über ganz China verteilt ohne amtliche Druckerlaubnis erscheinen. Vom Inhalt her gesehen, handelt es sich dabei meist nicht um politisch brisante Schriften, sondern öfter um pornographische Bücher oder Romane, Liebes- und Abenteuergeschichten aus der Produktion Taiwans und Hongkongs. Die Behörden fürchten die schädliche Wirkung dieser Produkte oft mehr als die politischen Schriften von Dissidenten. Hier zeigt sich der Einfluß der „bürgerlichen Liberalisierung“ wohl am deutlichsten, und hier sieht sich die neue Kontrollstelle herausgefordert, tätig zu werden.

## Die Unruhen in Tibet

Ende September und Anfang Oktober 1987 kam es in Tibet, vornehmlich in der Hauptstadt Lhasa, zu einer Reihe von Demonstrationen gegen die „chinesische Fremdherrschaft und für die Unabhängigkeit Tibets“, so die Slogans der Demonstranten. Die Angaben über die Todesopfer – sechs bis siebzehn – und die Zahl der Verwundeten – zweihundert bis tausend – schwanken, je nachdem ob man sich auf die offiziellen chinesischen oder auf ausländische Angaben beruft. Die chinesischen Berichte sprechen von kleinen Gruppen von „Kriminellen“, die zur „Clique des Dalai Lama“ gehörten und die mit Unterstüt-

zung einiger ausländischer Touristen die Unruhen angezettelt hätten. Von den Demonstranten seien den Polizeikräften Waffen entrissen worden, mit denen sie das Feuer eröffnet hätten. Ausländische Reporter, die zu Beginn der Unruhen noch berichten konnten, bis die Regierung Tibet zum Sperrgebiet erklärte, berichteten von großen Teilen der Bevölkerung, die sich mit Unterstützung vieler Mönche an den Demonstrationen beteiligt hätten. Daß im März 1988 von neuem Unruhen aufgeflammt sind, zeigt, wie hartnäckig die Widerstände dort sind.

Die Unruhen in Tibet werfen ein Schlaglicht auf die *Probleme der Nationalitätenpolitik* in China im allgemeinen und der besonderen Problematik Tibets. Die chinesische Presse, vor allem auch die für das Ausland bestimmten Zeitschriften, brachten in diesen Wochen viele Berichte über die Aufbaupolitik der chinesischen Regierung in Tibet und wiesen auf die unmenschlichen Bedingungen des alten feudalistischen Systems hin, das die Lamas im alten Tibet unterhalten hätten. In 30 Jahren habe die chinesische Regierung über 10 Milliarden Yuan für Investitionen in Tibet ausgegeben. Ausländische Berichte sprechen davon, daß diese Ausgaben in erster Linie militärischen Zwecken und der Ansiedlung von Han-Chinesen in Tibet und weniger der einheimischen Bevölkerung gedient haben. Unstrittig ist, daß in Tibet die *Verwüstungen durch die Kulturrevolution* gewaltig gewesen sind. Gab es 1958 noch 2716 Klöster und 11 400 Mönche, so war diese Zahl 1986 auf gerade noch 8 Klöster mit etwa 900 Mönchen zurückgegangen. Gegenwärtig wird eine Zahl von 200 Klöstern mit etwa 14 000 Mönchen genannt.

## Konsolidierung der katholischen Kirche?

Die Problematik der Beziehungen zwischen der chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung und dem Apostolischen Stuhl in der Frage der Bischofsernennungen und der fortbestehenden diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ist im wesentlichen unverändert geblieben. Seit der 4. *Vollversammlung* der chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung im November 1986 erschienen etliche Veröffentlichungen, in denen die verschiedenen Gremien der katholischen Kirche in China, soweit sie von der Regierung anerkannt sind, ihr Selbstverständnis artikulieren und über Pläne für die Entwicklung der Kirche, der Theologenausbildung und andere anstehenden Aufgaben sprechen. Bemerkenswert sind auch Richtlinien für ausländische Priester, die die Volksrepublik besuchen: Eine seelsorgliche Tätigkeit, d. h. das Feiern von Gottesdiensten und die Spendung von Sakramenten, wird von der vorhergehenden Erlaubnis der kirchlichen Stellen in China abhängig gemacht. Damit wird ein Anspruch auf die normale Jurisdiktion für Festlandchina erhoben, der in dieser Klarheit vorher noch nicht angemeldet war. Es wird vom Wachstum der Kirche und ihrer Institutionen berichtet: Realistische Schätzungen beziffern die Gesamtzahl der Katholiken inzwischen auf etwa 4 Millionen. An-

fang 1987 wurde die Zahl der geöffneten katholischen Kirchen mit 1900 angegeben. 8 Priesterseminare und 3 kleine Seminare sorgen für den so dringend benötigten Priesternachwuchs. In den vergangenen 3 Jahren wurden 200 Priester geweiht. Ebenfalls konnten 10 Konvente von Nonnen wieder eröffnet werden. Seit 1980 wurden 22 Bischöfe neu gewählt und geweiht.

Immer häufiger erscheinen in den für das Ausland bestimmten Publikationen Berichte über das kirchliche Leben in China, wobei die Journalisten zwar oft ihre generelle Unkenntnis über Religion und Christentum erkennen lassen, in ihren Berichten aber doch fair und mit manchmal unverhohlener Sympathie berichten. „China im Aufbau“ (November 1987) brachte einen reich bebilderten Beitrag über den „Alltag der katholischen Novizinnen in Wuhan“, der sich sehr um Verständnis für diese fremde Lebensweise mühte. Ebenfalls aus Wuhan berichtete auch die „Beijing Rundschau“ (29. 12. 87) über das kirchliche Leben und stellte einige junge Leute vor, die aus unterschiedlichen Gründen und Lebensläufen zur katholischen Kirche gefunden hatten. Auch hier bemühte sich die Berichterstattung, den Standpunkt der Gläubigen zunächst darzustellen und dann in Verbindung mit der Politik der Religionsfreiheit zu bringen.

Ein Anzeichen der „Normalisierung“ ist auch in der Rehabilitierung des Bischofs *Gong Pinmei* (Shanghai) zu sehen, der im Juni 1985 zunächst auf Bewährung in die Obhut der patriotischen Vereinigung entlassen worden war und im Januar 1988 rehabilitiert wurde, d. h. seine bürgerlichen Rechte zurückerhielt und jetzt auch frei ist, ausländische Besucher zu empfangen. Ebenfalls im Januar 1988 wurde der Bischof von Baoding, *Josef Fan*, auf Bewährung aus der Haft entlassen, in der er sich seit 1984 wegen der von der Regierung nicht autorisierten Weihe von Priestern und wegen Beziehungen zum Ausland befunden hatte. Auf seine Freilassung hatten viele namhafte ausländische Besucher, Amnesty International und zuletzt Kardinal *Jaime Sin* von Manila hingewirkt.

Der Besuch von Kardinal Sin in der VR China im November 1987 stand ebenfalls im Zeichen der Entspannung der Beziehungen der chinesischen Regierung zur katholischen Kirche. Es war ein Novum in der Geschichte dieser Beziehungen, daß der neue Generalsekretär Zhao Ziyang den Kardinal zu einem längeren Gespräch empfing. Dabei ging es im wesentlichen um zwei Punkte: einmal um die Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Taiwan, die seitens der Regierung der VR China als Hindernis für die Normalisierung der Beziehungen zum Vatikan angesehen werden. Zum andern wurde die Frage erörtert, inwieweit ein Mitwirken des Vatikans an Bischofsnennungen in China eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ darstellen muß. Kardinal Sin wies auf die verschiedenen Verfahrensweisen für Bischofsnennungen hin, wobei das *Procedere* für China so gestaltet werden könne, daß eine „Einmischung“ vermeidbar sei. Die weiteren Äußerungen, daß man sich auch über Taiwan einig werden könne, riefen

dort einige Besorgnis hervor, weil man sich schon zugunsten eventueller besserer Beziehungen zwischen Peking und dem Vatikan „geopfert“ vorkam.

Im Herbst 1987 stattete der bisherige Weihbischof und jetzt als Nachfolger des im Februar verstorbenen *Louis Zhang Jiashu* zum Bischof von Shanghai bestimmte *Aloysius Jin Luxian* Frankreich, Belgien und der Schweiz einen Besuch ab. Für 1988 ist ein Besuch von Bischof Jin in Hongkong, in den USA und in Polen geplant. Diese Besuche haben eine wichtige Aufgabe und werden auch in der chinesischen Kirche ernst genommen, weil sie Möglichkeiten der Kontaktaufnahme und des besseren gegenseitigen Verstehens mit sich bringen. Die von der offiziellen Presseagentur „China News Service“ verbreiteten ersten Interviews mit dem neu gewählten Bischof von Shanghai haben Erstaunen und Befremden ausgelöst, weil Bischof Jin darin die Abgrenzung der katholischen Kirche in China gegen „Einmischung durch den Vatikan“ – konkret werden die Weihen von Bischöfen und Priestern für die „Untergrundkirche“ genannt – scharf herausstellte, auf das Hindernis der weiterhin bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Taiwan hinwies und auch sonst die Unabhängigkeit der chinesischen Katholiken von ausländischer Hilfe auffallend betonte. In der Zwischenzeit sind Bedenken an der Authentizität einiger dieser Äußerungen bekannt geworden. Seit Mitte 1987 hat das sinologische Institut der Steyler, *Monumenta Serica*, die Möglichkeit wahrgenommen, an der staatlichen Hochschule „Shifan Daxue“ in Peking eine Zweigniederlassung für sinologische Studien einzurichten, an der die Patres *Willi Müller* und *Arnold Sprenger* tätig sind. Verbindungen bestehen ebenfalls mit der „Fujen Alumni Association“, der Vereinigung der ehemaligen Studenten der katholischen Universität in Peking. Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Gründung der Fujen-Universität erschien in der Parteizeitung „Renmin Ribao“ (11. 10. 87) ein Bericht, in dem von der „berühmten höheren Lehranstalt, deren Absolventen sich überall im In- und Ausland befinden“, die Rede war. Auch die Tatsache, daß die Fujen-Universität auf Taiwan weitergeführt wird, wurde berichtet.

## Wachstum bei den protestantischen Christen

Vom 21. bis 27. August 1987 fand in Chengdu, Provinz Sichuan, die 2. Vollversammlung des nationalen chinesischen Christenrats – zugleich das 4. Treffen der Drei-Selbst-Patriotischen Vereinigung – statt. Dabei ging es um das Kirchenwachstum und die Probleme der protestantischen Kirchen auf dem Land. In der ausländischen Presse, vor allem in evangelikalen Kreisen, kursieren teilweise ziemlich phantastisch klingende Statistiken über das Kirchenwachstum in China. Dort ist von gesicherten 50 Millionen Christen die Rede, und es werden Angaben gehandelt, die die Zahl der Christen bis auf 100 Millionen veranschlagen. Quelle für viele dieser überhöhten Zahlen-

angaben ist das „Chinese Church Research Centre“ in Hongkong, dessen Direktor, *Jonathan Chao*, den Zuwachs der Christen in der VR China den höchsten in der ganzen Welt nennt. Verbunden mit diesen Angaben ist der Vorwurf gegenüber dem chinesischen Christenrat, daß er zuwenig missionarisch sei, die „Selbst-Verbreitung“, die schließlich Teil der vielpropagierten „Drei-Selbst-Bewegung“ sei, nicht ernst genug nehme und sich mit der Feier des Gottesdienstes begnüge. Das eigentliche Leben der chinesischen Christen spiele sich aber in den Hauskirchen und Hausversammlungen ab. Viele der dort aktiven Christen lehnten eine Zusammenarbeit mit dem Christenrat ab, weil dieser mit der Regierung kooperiere und die staatliche Kontrolle über die religiösen Angelegenheiten akzeptiere.

Der Präsident des Christenrats, Bischof *Ding*, hat in verschiedenen Interviews auf diese Behauptungen und Vorwürfe reagiert und versucht, die überhöhten Zahlenangaben richtigzustellen. Vom chinesischen Christenrat wird die Zahl der protestantischen Christen mit 3–4 Millionen angegeben. Gegenüber der Zahl von 700 000 im Jahr 1949 stelle dies schon ein ganz erstaunliches Wachstum dar, für das Gott zu danken man hinreichend Grund habe. Die riesigen Zahlen aus evangelikalen Kreisen seien so phantastisch, daß eine einfache mathematische Überlegung eigentlich ausreichen müsse, um ihre Unwahrscheinlichkeit deutlich zu machen. Andererseits wird durchaus eingeräumt, daß es kleinere Gruppen von Protestanten gibt, die eine Zusammenarbeit mit dem Christenrat ablehnen. Besondere Schwierigkeiten bereitet eine evangelikale Gruppe, die „Yellers“, die durch ekstatisches Schreien und Rufen immer wieder Gottesdienste der protestantischen Kirche in China zu stören versucht. Die Zahl der geöffneten protestantischen Kirchen hat sich 1987 auf über 4000 erhöht. Daneben gibt es noch mehr als 10 000 Versammlungsplätze und Gebetsräume. Auch die Zahl der theologischen Ausbildungsstätten ist auf insgesamt 10 angewachsen, von denen das Nationale Seminar in Nanjing (Union Theological Seminary) das bedeutendste ist. Seit 1986 erscheint dort eine theologische Zeitschrift, die in Auszügen auch in englischer Übersetzung zugänglich ist und von dem Bemühen um eine eigenständige chinesische Theologie Zeugnis gibt.

Größere Sorgen bereitet dem chinesischen Christenrat die *mangelnde Ausbildung der kirchlichen Leiter* in den ländlichen Gemeinden. Trotz großen Anstrengungen bei der Verbesserung der theologischen Ausbildung fehlt es allenthalben an qualifizierten Gemeindeleitern, die den vielen Taufbewerbern eine Einführung in den Glauben geben können. Das kirchliche Leben in den Dörfern ist voll mit Elementen einer oft sehr einfachen Volksfrömmigkeit, in der Gebetserhörungen und Wunderheilungen eine erhebliche Rolle spielen. Die Grenzen vom orthodoxen Glauben zum Aberglauben sind oft fließend. Schon aus diesen Gründen sind dem Kirchenwachstum gewisse Grenzen gesetzt, die es verbieten sollten, allzu schnell und ohne ausreichende Vorbereitung die Taufe zu spenden.

Das andere große Anliegen des Christenrats, die Entwicklung hin zu einer *einheitlichen chinesischen protestantischen Kirche* ist ins Stocken geraten. Bischof *Ding* erklärte zu diesem Thema: „Unsere Bemühungen um Einigung machen bemerkenswerte Fortschritte, und wir können mehr Einheit verzeichnen als je zuvor. Aber wir geben zu, daß die Zusammengehörigkeit noch sehr schwach ist. Unsere Einheit ruht in gegenseitiger Hochachtung. Wir kommen schließlich aus den verschiedensten religiösen Milieus“ (China Heute 6 [1987] 3, S. 35). Die Erfahrungen, die die chinesischen Christen mit der Errichtung einer nationalen Kirchenstruktur machen, sind sicher für die ökumenische Bewegung weltweit von großer Bedeutung.

Auf der Konferenz in Chengdu wurde auch über die internationalen Beziehungen des chinesischen Christenrats zu anderen Ländern und Kirchen gesprochen. Mit großer Genugtuung wurden die verschiedenen Kontakte zu Kirchen überall auf der Welt genannt, deren Vertreter als Besucher in China waren oder die von Delegationen des Christenrats besucht wurden. Zur Evangelisierung in China wurde mit Nachdruck und im Hinblick auf Missionsbestrebungen evangelikaler Kreise festgehalten: „Die Aufgabe der Evangelisierung und des Kirchenaufbaus auf dem chinesischen Festland liegt ausschließlich in unserer Verantwortung. Keine überseeische Organisation oder Einzelperson, ganz gleich, welche Hautfarbe sie oder er hat, darf ohne Erlaubnis des chinesischen Christenrats und des Komitees der patriotischen Drei-Selbst-Bewegung Verkündigungstätigkeit betreiben“ (*Han Wenzao*, Vize-Präsident des Christenrats, China Talk, 13, 1988, No. 1, p. 6).

Die vom chinesischen Christenrat mit begründete Diakoniestiftung (Amity Foundation) in Nanjing, an der Christen und Nichtchristen gemeinsam auf dem Gebiet der Ausbildung, des Krankenhauswesens und der Behindertenarbeit zusammenwirken, hat eine vielversprechende Entwicklung genommen. Die Zahl der von der Stiftung betreuten Lehrer für ausländische Sprachen, die an verschiedenen Universitäten und Hochschulen tätig sind, ist auf 200 angewachsen. Am 5. Dezember 1987 konnte in Nanjing eine Druckerei offiziell eröffnet werden, die mit Unterstützung der „United Bible Society“ gebaut werden konnte und die zu den modernsten Druckereien des Landes zählt. Hier sollen in nächster Zukunft Bibeln und anderes kirchliches Schrifttum gedruckt und junge Drucker ausgebildet werden. Mit dieser Anlage hofft man den wachsenden Bedarf an Bibeln in China selber befriedigen zu können. Immerhin wurden seit 1981 2,9 Millionen Exemplare der Bibel gedruckt und verkauft. Im Herbst 1987 reiste eine Delegation der Diakonie-Stiftung in die Bundesrepublik, nach Holland und England. Bei einem Treffen mit europäischen Partnerorganisationen in Hamburg wurden Grundzüge der gegenseitigen Zusammenarbeit abgesprochen. Dabei spielten die Anerkennung der gegenseitigen Selbständigkeit und die Bereitschaft zur Kooperation auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit eine große Rolle. Für das entspanntere Verhältnis zwischen Staat und den

Religionen spricht auch die Ankündigung eines neuen Gesetzes, das die Beziehungen zwischen den staatlichen Stellen und religiösen Körperschaften neu regeln soll. Wie der Vorsitzende der buddhistischen Vereinigung, *Zhao Puchu*, vor der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes am 4. April 1988 bekanntgab, sollen die Eigenrechte der Religionen gegen Übergriffe staatlicher Stellen besser gesichert werden.

## Rehabilitierung des Konfuzius

In das Klima sich fortsetzender ideologischer Entspannung paßt auch die Rehabilitierung des Konfuzius und konfuzianistischer Studien, die sich in den letzten Jahren

immer stärker ausgeprägt hat. Die Konfuzius-Gesellschaft wurde wieder belebt, die heiligen Stätten in Qufu wurden renoviert. Im Frühherbst 1987 wurde zu einem internationalen Symposium über den Stand der Konfuzius-Studien nach Qufu eingeladen, an dem 120 Wissenschaftler aus China, Japan, Südkorea, den USA, Deutschland, England, der Sowjetunion und Australien teilnahmen. Die chinesischen Gastgeber machten dabei auf die Wiederbelebung der Konfuziusstudien in der VR China aufmerksam. Zugleich wiesen sie auf die Grenzen im Denken von Konfuzius hin, die bei aller bleibenden Bedeutung seines großen Werkes doch gewisse Einschränkungen für seine Bedeutung und Verbindlichkeit für das neue China darstellten.

*Georg Evers*

# Was kann Erwachsenenbildung?

## Ein Gespräch mit Professor Ernst Prokop

*In den letzten zwanzig Jahren sind in der Bundesrepublik nicht nur die Abiturienten- und Studentenzahlen sprunghaft gestiegen; parallel zur „Bildungsexplosion“ im schulisch-universitären Bereich ist auch ein dichtes Netz von Angeboten der Erwachsenenbildung entstanden, nicht zuletzt in kirchlicher Trägerschaft. Welchen Stellenwert hat Erwachsenenbildung heute und wo liegen die besonderen Chancen und Probleme kirchlicher Erwachsenenbildung? Wir sprachen darüber mit Ernst Prokop, Professor für Pädagogik an der Universität Regensburg, bis 1983 Inhaber des Lehrstuhls für Erwachsenenbildung an der Katholischen Universität Eichstätt. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.*

*HK:* Herr Professor Prokop, wenn der Eindruck nicht täuscht, ist man in den letzten Jahren bei der Einschätzung der pädagogischen Möglichkeiten, soweit man sie sich von formalisierter Bildung erhofft, sehr viel zurückhaltender geworden. Inwieweit gilt dies auch für die Erwachsenenbildung? Haben sich die Erwartungen gegenüber dem angestrebten lebenslangen Lernen als Illusion erwiesen?

*Prokop:* Sicherlich waren das nicht nur Illusionen. Die optimistische Einschätzung der Erwachsenenbildung, wie wir sie in den 60er und 70er Jahren erlebt haben, war Ausdruck einer verbreiteten Aufbruchstimmung. Man glaubte, daß es nicht mehr genügen würde, die nächsten Generationen auf dem herkömmlichen Weg auf ihr Leben vorzubereiten. Die Dimensionen der Zukunft ließen sich nicht absehen. Technologische Entwicklungen schienen mit den bekannten Formen der Alphabetisierung und der Ausstattung mit Wissen nicht mehr bewältigt werden zu können. So war es nicht mehr ausreichend, sich am Lebensanfang umfassend zu bilden, sondern das sollte lebensbegleitend und lebenslang geschehen.

*HK:* Die Erwachsenenbildung ist mit dem Ziel angetreten, Leben und Lernen wieder enger zusammenzuführen. Setzt sie im Grunde aber nicht schlicht fort, was mit der Einführung der Schulpflicht begonnen hatte: daß Bildungsvorgänge weiter institutionalisiert wurden?

*Prokop:* Die Trennung von Leben und Lernen ist das Ergebnis einer Entwicklung, in der sich Schulen sehr ausdifferenziert haben, während private und familiäre Lebensräume enger wurden. Die Gehäuse, in denen man lebt, und die Gehäuse, in denen man lernt, rückten immer weiter auseinander. Dies deutet sich auch im eigenständigen Weiterbildungssektor an – mehr aber wohl nicht. Die das Leben begleitende Bildung vollzieht sich weiterhin mehr im Alltag als in den Schulen. Im übrigen ist den Bemühungen der 60er und 70er Jahre um eine Aufwertung der Erwachsenenbildung kein dementsprechender institutioneller Ausbau gefolgt. Wenn die ursprünglichen bildungspolitischen Planungen Wirklichkeit geworden wären, hätten wir allerdings eine lebenslängliche Beschulung erhalten.

## „Die das Leben begleitende Bildung vollzieht sich weiterhin mehr im Alltag als in den Schulen“

*HK:* Inwieweit hatte das Scheitern dieser weitergehenden Vorstellungen neben finanziellen Schwierigkeiten auch bereits mit einer gewissen Ernüchterung zu tun über die durch Bildungsanstrengungen zu bewerkstellenden Veränderungen des Individuums und der Gesellschaft?

*Prokop:* Finanzielle Gesichtspunkte waren sicherlich zunächst dafür maßgebend, daß man die Erwachsenenbil-